

waren Angestellte und Angehörige der Intelligenz, 5% Bauern und 18% Rentner, Hausfrauen und andere.

5. Das Statut der SED bestimmt, wie der Staat durch die Partei geleitet wird.

Als erste Hauptform wird die Verschmelzung der Spitzen der Parteiorgane mit den Spitzen der Organe des Staates angesehen. Im Statut der SED heißt es in Punkt 40 Abs. 2:

»Das Zentralkomitee entsendet die Vertreter der Partei in die höchsten leitenden Organe des Staatsapparates und der Wirtschaft.«

Die zweite Hauptform ist das Prinzip, keine wichtige Frage im Staatsapparat ohne richtunggebende Hinweise der Parteiorgane zu entscheiden. Ein hoher SED-Funktionär führte dazu im Herbst 1956 aus, weil die SED berufen und fähig sei, sich in jeder Lage genau zu orientieren, den Gang der Ereignisse vorzusehen, die politische Linie und die Aufgabe der jeweiligen Periode zu bestimmen, seien ihre Beschlüsse und Direktiven zugleich die leitenden Weisungen für die Organe der Staatsmacht<sup>10</sup>.

Die dritte Hauptform bildet die Tätigkeit der Parteigruppen in den gewählten staatlichen Organen, d. h. also in der »Volkskammer« die der Fraktion der SED und in den örtlichen Volksvertretungen der zu Gruppen zusammengeschlossenen Abgeordneten, die der SED angehören. Dazu heißt es im Statut der SED unter Punkt 40 Abs. 2 Satz 2:

»Das Zentralkomitee lenkt die Arbeit der gewählten zentralen staatlichen und gesellschaftlichen Organe und Organisationen durch die in ihnen bestehenden Parteigruppen.«

Als vierte Hauptform wird die Tätigkeit der Grundorganisation der SED im Staatsapparat angesehen, also die der Betriebsparteiorganisationen. Über sie kontrolliert die Partei die Tätigkeit der staatlichen Organe; denn alle Parteimitglieder stehen ohne Rücksicht auf ihre staatliche Stellung unter Kontrolle der Partei, sowohl der leitenden Parteiorgane als auch der Grundorganisationen. Damit werden diejenigen im öffentlichen Dienst Tätigen, die Mitglieder der SED sind, in ständiger Botmäßigkeit gegenüber der Partei gehalten. Damit wird Art. 3 Abs. 6, nach dem die im öffentlichen Dienst Tätigen Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei sein sollen, gebrochen.

<sup>10</sup> Jahn, Mitarbeiter des ZK der SED, auf einer Arbeitskonferenz vom 10.-16. Februar 1956, Unrecht als System, Teil III, Dokument 11; dazu Heller, Partei- und Staatliche Verwaltung in der Sowjetzone, ROW, 1957, S. 192 ff.